Unheiliges Duo warnt vor Impfpflicht

Grünen-Landrätin Laura Grazioli und FDP-Landrat Stefan Degen fürchten, dass Impfpflicht politische Kultur vollends zerstören würde.

Tomasz Sikora

Das passiert selten: In einem Gastkommentar, welcher in einigen Medien der Region erschienen ist, sprechen sich Laura Grazioli und Stefan Degen trotz vieler politischer Differenzen gemeinsam gegen eine Impfpflicht aus und hinterfragen die Coronamassnahmen. Ein Gespräch mit zwei Verbündeten.

Die Impfpflicht wurde bisher nur von wenigen Personen öffentlichkeitswirksam gefordert und auch nur in begrenztem Umfang, zum Beispiel in der Pflege.
Laura Grazioli: Meine Wahrnehmung ist anders. Die Debatte um die Impfpflicht wird rege und emotional geführt. Leuten, die laut und emotional eine Impfpflicht fordern, wird viel Platz eingeräumt. Ähnlich sieht die Debatte bei anderen Fragen wie der Zertifikatspflicht aus. Diese Debatte wirkt enorm spaltend und schadet unserer Gesellschaft. Verunglimpfungen nehmen enorm zu.

Wie erleben Sie das ganz konkret in Ihrem Alltag?
Stefan Degen: Die Frage «Bist du geimpft?» ist immer öfter zu hören. Es gibt, glaube ich, interessantere Themen, über die man sich unterhalten kann.

Grazioli: Ich erlebe das ähnlich. Diese Frage kann die Stimmung bei einem Treffen komplett kippen lassen. Es gibt aktuell kaum ein anderes Thema, das so spaltet.

Für die Zertifikatspflicht scheint der Rückhalt in der Öffentlichkeit hoch zusein.
Degen: Die Frage, die sich hier für mich stellt, ist: Wie lange und wie viele Massnahmen wollen wir denn längerfristig? Und nach welchen Kriterien wird das entschieden? Eine Überlastung der Spitäler scheint ja eher unwahrscheinlich. Von daher scheint es mir angemessen, die Zertifikatspflicht erst wenn notwendig und dann erst ab wirklich grossen Anlässen einzuführen. Einer Zertifikatspflicht für die Beiz nebenan stehe ich allerdings eher skeptisch gegenüber.

Kleine Flasche, grosse Debatte: Die Frage nach einer Impfpflicht führt zu kontroversen und mitunter gehässigen Diskussionen. Bild: Keystone

Grazioli: Ich würde meinen, der öffentliche Rückhalt für eine Zertifikatspflicht unterscheidet sich stark nach Einsatzgebiet. Zentral scheint mir zu sein, dass ein Teil der aktuellen Debatte darauf abzielt, über die Ausweitung des Zertifikats eine indirekte Impfpflicht einzuführen, und das wiederum sehe ich genauso kritisch wie eine direkte Impfpflicht.

Und was sagen Sie Long-Covid-Patienten, die nicht auf der Intensivstation liegen, aber dennoch massiv leiden?
Grazioli: Unsere Äusserungen haben nie darauf abgezielt, Corona zu verharmlosen. Uns geht es ausschliesslich darum, dass wir die Art und Weise, wie die Debatte über eine direkte oder indirekte Impfpflicht geführt wird, gefährlich finden für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie und hier mit unserem gemeinsamen Auftreten im Rahmen unserer Möglichkeiten Gegensteuer geben möchten.

«Es gibt aktuell kaum ein anderes Thema, das so spaltet.»

Laura Grazioli
Grünen-Landrätin

«Wie lange und wie viele Massnahmen wollen wir längerfristig?»

Stefan Degen
FDP-Landrat

Degen: Ich warne ausserdem davor, die Debatte zu medizinisch werden zu lassen. Nur medizinische Argumente zuzulassen, führt zu hohen Kollateralschäden. In weniger demokratischen Staaten kann man einen medizinisch begründeten Plan einfach von oben durchdrücken. Bei uns geht das so nicht, hier können alle mitreden. Ich möchte nicht, dass unsere politische Kultur wegen der Pandemie Schaden nimmt.

Sie sind als Mitglieder der Grünen und der FDP ein sehr ungleiches Duo. Woher kommt diese ungewöhnliche Zusammenarbeit?
Degen: Ich glaube, es gibt Dinge, die wir gleich sehen, und andere, die wir sehr unterschiedlich handhaben. Wenn man in der Politik etwas erreichen will, muss man Themen suchen, bei denen Gemeinsamkeiten bestehen. Da arbeiten wir dann zusammen. Und bei anderen Themen, bei denen wir unterschiedliche Haltungen haben, eben nicht.

Grazioli: Uns verbindet der Wille, gemeinsame Nenner und Anknüpfungspunkte zu finden.

Sie sprechen sich beide für die Eigenverantwortung im Umgang mit der Pandemie aus. Das ist ein Schlagwort, das besonders der FDP zugeordnet wird. Sind Sie in der falschen Partei, Frau Grazioli?
Grazioli: Es stimmt, dass der Begriff von der FDP besetzt ist. Sie ist aber nicht die einzige Partei, die die Eigenverantwortung betont. Ich denke, die Eigenverantwortung ist ein urschweizerischer Wert, der für unsere liberale, pluralistische Gesellschaft zentral ist. Entsprechend scheue ich mich überhaupt nicht davor, dieses Wort zu benutzen.

Degen: Die Eigenverantwortung bedingt gewisse Eigenschaften, die aber nicht von einer Partei für sich gepachtet werden können. Ich denke, jeder, der sich eigenverantwortlich fühlt und das Wort im eigentlichen Sinn verwendet, darf sich als eigenverantwortlich bezeichnen.

Was ist denn der eigentliche Sinn?
Degen: Letztlich geht es immer darum, dass man selber Entscheidungen trifft und die Konsequenzen dieser Entscheidungen tragen muss. Da kommen wir auch zum Thema Impfung. Es wurde viel erzählt, was sie könne und nicht könne. Heute gilt als sicher, dass sie vor allem die geimpfte Person schützt. Entsprechend ist es eigenverantwortlich, sich impfen zu lassen. Für andere Themen wie die Altersvorsorge gilt das Prinzip genauso.

Grazioli: Eigenverantwortung spielt auch bei der Debatte um die Massnahmen eine wichtige Rolle. Die Emotionalisierung und Moralisierung führen dazu, dass die Eigenverantwortung hier nicht mehr greift, weil man nicht für das Schicksal von Erkrankten verantwortlich gemacht werden will. Das kommt auch aus den obersten Etagen der Politik.

Das BAG schreibt aber auf seiner Website, dass die Impfung auch andere schützt.
Grazioli: Zunächst einmal schützt die Impfung die Geimpften. Darüber hinaus ist bekannt, dass Geimpfte das Virus trotzdem weitergeben können. Insofern ist unklar, ob die Impfung auch gegenüber anderen solidarisch ist. Grundsätzlich kann es aber genau darum nicht gehen: Dass Menschen in «solidarisch» oder «unsolidarisch», «gut» oder «schlecht» eingeteilt werden, weil sie sich aus einer persönlichen Risiko- und Nutzenabwägung für oder gegen eine Impfung entschieden haben.

Degen: Die Impfung schützt zuverlässig vor schweren Verläufen. Ich bin kein Mediziner, aber letztlich geht es ja um Wahrscheinlichkeitsrechnung. Man darf aber diese Überlegungen nicht nur beim Coronavirus anstellen, es gibt auch andere Krankheiten, bei denen keine so einschneidenden Massnahmen eingeführt wurden. Ich will mich nicht auf Zahlen und Wahrscheinlichkeiten versteifen, plädiere aber dafür, das grosse Ganze nicht aus den Augen zu verlieren.

Wirtschaftskammer blitzt mit Klage ab

Medien Das Berner Handelsgericht hat eine Klage des Baselbieter Gewerbeverbandes wegen unlauteren Wettbewerbs gegen das Regionaljournal Basel abgewiesen. Dies geht aus einem neuen Urteil hervor.

Die Wirtschaftskammer klagte im Oktober 2018 gegen die Berichterstattung des Regionaljournals Basel im Zusammenhang mit der Gültigkeit von Gesamtarbeitsverträgen. «Millionenskandal oder formaljuristisches Problem?» übertitelte das Medium einen der Berichte, die als herabsetzend und als Verletzung des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb empfunden wurde.

Das gleiche Gericht hatte den Fall bereits im April 2020 erstmals verhandelt. Damals ist es zum Schluss gekommen, die Wirtschaftskammer sei nicht klageberechtigt, da sie im Beitrag gar nicht als Partei vorgekommen sei. Dagegen legte die Wirtschaftskammer Beschwerde ein und erhielt am 13. Januar dieses Jahres recht. Das Bundesgericht erkannte, dass die Wirtschaftskammer über das Verbandsbeschwerderecht durchaus aktivlegitimiert sei, die Klage zu führen.

Weder herabsetzend noch unnötig verletzend

Nun hat das Gericht die Vorwürfe materiell geprüft, ist jedoch erneut der Klage nicht gefolgt. Es hat befunden: «Die Berichterstattung geht nicht über die übliche, erlaubte kritische Auseinandersetzung mit Wettbewerbsteilnehmern hinaus.» Eine Herabsetzung der Wirtschaftskammer liege damit nicht vor. Gesamthaft sei die Berichterstattung «weder herabsetzend noch unrichtig, irreführend oder unnötig verletzend». Die Klage sei vollumfänglich abzuweisen, für eine Löschung der Beiträge oder einer Richtigstellung bestehe keine Grundlage.

Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig und kann beim Bundesgericht erneut angefochten werden. Wird es gültig, hat die Wirtschaftskammer Gerichtskosten von 20 000 Franken sowie knapp 20 000 Franken Parteientschädigung zu tragen.

Christian Mensch

Studierende organisieren Gratis-Zolli für arme Familien

Laufen Eigentlich hätte der Anlass bereits am 27. Februar stattfinden sollen. Doch dann machte die Pandemielage einen Strich durch die Rechnung (bz berichtete). Nun nimmt der Verein Zollitag am 21. August einen neuen Anlauf: An diesem Samstag öffnen sich die Tore des Basler Zolli für alle jene kostenlos, die sich den Besuch normalerweise nicht leisten können.

Die Vereinsmitglieder werden am Zolli-Eingang Tickets mit einigen aufgedruckten Fragen zur Armutssituation verteilen. Anhand der Antworten können Interessierte selber entscheiden, ob sie vom Gratisticket Gebrauch machen wollen.

Der Verein Zollitag, der aus dem preisgekrönten Laufentaler/Thiersteiner Jugendprojekt «Mittagsfrisch» hervorgegangen ist und von neun Studierenden getragen wird, rechnet mit rund 5000 Interessenten. Neben dem Eintritt wird auch die Verpflegung spendiert. *(bos)*

Weitere Infos
unter *www.zollitag.ch*